

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000142/2011
an die Kommission**

Artikel 115 der Geschäftsordnung

Sylvie Goulard, Sophia in 't Veld, Ramon Tremosa i Balcells, Olle Schmidt, Wolf Klinz, Carl Haglund, Siiri Oviir, Dirk Sterckx
im Namen der ALDE-Fraktion

Betrifft: Auswahlverfahren für einen neuen geschäftsführenden Direktor des IWF und Außenvertretung des Euro-Währungsgebiets

Der IWF hat nun das Auswahlverfahren für einen neuen geschäftsführenden Direktor eingeleitet. Der Nominierungszeitraum endet am 10. Juni 2011, und das Exekutivdirektorium des IWF sollte bis zum 30. Juni 2011 eine Entscheidung fällen. Das Auswahlverfahren sollte offen, leistungsbasiert und transparent sein.

Eine Kandidatin aus einem EU-Mitgliedstaat hat sich offiziell um die Stelle beworben. Mehrere EU-Mitgliedstaaten und der Präsident der Europäischen Kommission haben unabhängig voneinander ihre Unterstützung für diese Kandidatin erklärt. Diese Vorgänge machen deutlich, dass es innerhalb der EU, und insbesondere innerhalb des Euro-Währungsgebiets, nach wie vor kein formelles Nominierungsverfahren für die gemeinsame Auswahl von Kandidaten für Stellen in internationalen Finanzinstitutionen gibt. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Nichteinhaltung von Artikel 138 AEUV und für eine mangelnde Koordinierung bei der Außenvertretung der WWU.

Das Euro-Währungsgebiet könnte im IWF und in anderen internationalen Gremien stärker für seine Interessen eintreten, wenn es entsprechend seinem wirtschaftlichen Gewicht einheitlich vertreten wäre. Die EZB hat erklärt, Europa sei gut beraten, sich verstärkt um eine gemeinsame Stimme zu bemühen, wenn es die weltweite Debatte über politische Maßnahmen zu Fragen der Makroökonomie, der Regulierung und Aufsicht sowie der Ordnungspolitik wirksam beeinflussen wolle. Die Kommission wird daher gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum hat sie dem Rat keinen Vorschlag für die Annahme eines gemeinsamen Standpunktes in dieser Angelegenheit vorgelegt, wie in Artikel 138 AEUV vorgesehen?
2. Wann wird sie einen Vorschlag für eine einheitliche Außenvertretung vorlegen, damit das Euro-Währungsgebiet „in der Lage ist, in Fragen von besonderer Bedeutung für die Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Stimme zu sprechen“? Teilt sie die Auffassung, dass ein solcher Vorschlag spätestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Pakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung vorliegen sollte?
3. Wann hat die EU aus eigener Initiative heraus „die notwendigen Maßnahmen [ergriffen], um eine rechtzeitige und wirksame Vorbereitung gemeinsamer Standpunkte und gemeinsamer Ausrichtungen sicherzustellen, die gegenüber Dritten in internationalen Foren vertreten werden können“, wie in den am 11. und 12. Dezember 1998 angenommenen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates empfohlen wurde?

Eingang: 1.6.2011

Weiterleitung: 7.6.2011

Fristablauf: 14.6.2011